

An **Interessierte**

Von **Paul M. Schröder (Verfasser)**
eMail: institut-arbeit-jugend@t-online.de
Seiten **5 (Tabellen: Seite 4 und 5)**
Datum **04. August 2010 (sgb2-bverfg-lebensunterhalt-032010)**

Richtigstellung (der Bundesregierung)

**Elterngeld und Hartz IV:
Elterngeld wird nicht abgeschafft
sondern voll angerechnet!**

BIAJ-Kurzmitteilung

„Arme müssen Armen helfen“ - Bundesregierung „interpretiert“ Verfassungsgerichtsurteil:

- **mit dem Elterngeld Hilfebedürftiger sollen Gutscheine für arme Kinder finanziert werden**
- **durch Abschaffung der Rentenversicherungsbeiträge für Hilfebedürftige und Streichung des befristeten Zuschlags sollen Hartz IV-Ausgaben des Bundes trotz der vom Bundesverfassungsgericht geforderten Neuberechnung der Regelleistungen drastisch gesenkt werden.**

Entwicklung der SGB II-Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (Seite 3 und 4)

Bis spätestens zum 31. Dezember 2010 hat der Gesetzgeber die vom Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom **9. Februar 2010** geforderte Neuregelung der Hartz IV-Regelleistungen für Kinder und Erwachsene zu treffen. Der Gesetzgeber muss bis dahin „... ein Verfahren zur realitäts- und bedarfsgerechten Ermittlung der zur **Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums** notwendigen Leistungen entsprechend der aufgezeigten verfassungsrechtlichen Vorgaben durchführen und dessen Ergebnis **im Gesetz als Leistungsanspruch verankern.**“¹

Am **7. Juli 2010**, etwa fünf Monate nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zum Bundeshaushaltsplan 2011 beschlossen. Für das **Arbeitslosengeld II und Sozialgeld** einschließlich der Sozialversicherungsbeiträge (ohne Leistungen für Unterkunft und Heizung) wurden in diesem Entwurf des Bundeshaushaltsplans 20,9 Milliarden Euro veranschlagt, **3,0 Milliarden Euro weniger (!)** als im Bundeshaushalt für das laufende Haushaltsjahr.² Zugleich wurde das Soll 2011 für die „Leistungen zur Eingliederung in Arbeit“ gegenüber dem Soll 2010 um 1,3 Milliarden Euro (auf 5,3 Milliarden Euro) reduziert und das Soll 2011 für den Anteil des Bundes an den „Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende“ um 0,2 Milliarden Euro (auf 4,2 Milliarden Euro).³

Dieser Haushaltsaufstellung, insbesondere der Kürzung des Ausgaben-Solls für das Arbeitslosengeld II um 3,0 Milliarden Euro, liegt offensichtlich eine besondere „Interpretation“ des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 9. Februar 2010 zugrunde: **„Arme müssen Armen helfen“**. Dabei stehen nahezu alle gegenwärtig (noch) bestehenden SGB II-Leistungsansprüche und anrechnungsfreien Einnahmen der Hilfebedürftigen (Hartz IV), die vom Bundesverfassungsgericht nicht ausdrücklich ge-

¹ Bundesverfassungsgericht, Pressemitteilung Nr. 5/2010 vom 9. Februar 2010; „Regelleistungen nach SGB II („Hartz IV-Gesetze“) nicht verfassungsgemäß“; Hervorhebung durch Verfasser

² Haushaltsstelle 1112/681 12-251; die dort genannte Zweckbestimmung „Arbeitslosengeld II“ irritiert, da mit diesen Mitteln auch das Sozialgeld für die nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (insbesondere Kinder) und, zumindest bisher noch, der befristete Zuschlag nach dem Bezug von (höherem) Arbeitslosengeld (§ 24 SGB II) zu finanzieren ist (jeweils ohne die Leistungen für Unterkunft und Heizung).

³ Haushaltsstellen 1112/685 11-251 und 1112/636 13-251. Auch die Zweckbestimmung der Haushaltsstelle 1112/685 11-251, „Leistungen zur Eingliederung in Arbeit“ als Bestandteil der Titelgruppe „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ (Tgr. 01), ist irreführend, da die (geplanten) Ausgaben neben den entsprechenden SGB II-Leistungen auch die (geplanten) Ausgaben für die im Haushaltsplanentwurf 2011 nicht (mehr) genannten Bundesprogramme „Kommunal-Kombi“, „Beschäftigungspakte für Ältere“ und „Bürgerarbeit“ (neu) umfassen.

Information des Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ) vom 04. August 2010

nannt wurden, zur Disposition. Im einzelnen hat die Bundesregierung auf ihrer Haushaltsklausur am 6. und 7. Juni 2010 beschlossen, folgende (noch) bestehende SGB II-Leistungsansprüche und anrechnungsfreien Einnahmen in Höhe von insgesamt **2,44 Milliarden Euro** pro Jahr abzuschaffen⁴ - weit mehr als die Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 nach dem Willen der Bundesregierung kosten darf:

- der verbliebene **Rentenversicherungsbeitrag** für erwerbsfähige Hilfebedürftige mit einem Ausgabenvolumen von etwa **1,8 Milliarden Euro** pro Jahr⁵;
- der **befristete Zuschlag nach Bezug von beitragsfinanziertem Arbeitslosengeld**, sofern dies zusammen mit dem ggf. erhaltenen Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz den Anspruch auf Arbeitslosengeld II und ggf. Sozialgeld übersteigt (§ 24 SGB II), mit einem Ausgabenvolumen von etwa **0,2 Milliarden Euro** pro Jahr;
- der **anrechnungsfreie Teil des Elterngeldes** in der Höhe von 300 Euro pro Monat (§ 11 Abs. 3a SGB II und § 10 Abs. 1 bis 3 BEEG) mit einem Ausgabenvolumen von mindestens⁶ **440 Millionen Euro** pro Jahr. In der tabellarischen Übersicht zu den Ergebnissen der Kabinettsklausur wurde dieser Punkt als „Abschaffung Elterngeld bei Alg II“ bezeichnet.⁷ Dies führte zu Irritationen, denn das „**Elterngeld bei Alg II**“ soll offenkundig **nicht abgeschafft sondern vollständig auf die SGB II-Leistungsansprüche (Hartz IV) angerechnet** werden. D.h., die Mütter und/oder Väter, die ganz oder ergänzend zu ihrem Erwerbseinkommen auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind, werden weiterhin Elterngeld beantragen müssen (§ 5 SGB II), das ihnen dann vollständig (!) von ihren SGB II-Leistungsansprüchen abgezogen wird (eine besondere Variante der „Hilfen aus einer Hand“). Für das staatliche „Arbeitslosengeld II“-Budget bedeutet dies: **Die Arbeitslosengeld II-Ausgaben sinken mit jedem zusätzlich angerechneten Euro um einen Euro** – wie schon bei der Erhöhung des Kindergeldes zum 1. Januar 2010.⁸ Bei „Abschaffung des Elterngeldes bei Alg II“ würden dagegen nicht die Arbeitslosengeld II-Ausgaben im Einzelplan 11 (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) sinken sondern die Elterngeld-Ausgaben im Einzelplan 17 (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend).

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts („Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums“) wird in der Vorlage des Bundesfinanzministeriums zur „Haushaltsaufstellung 2011 und Finanzplanung des Bundes bis 2014“ vom 2. Juli 2010 nur an einer Stelle genannt. Es heißt dort: „Zudem werden als allgemeine Vorsorge für die **Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zu den bildungsbezogenen Bedarfen für Kinder mit ALG II-Bezug** ab dem Jahr 2011 Mittel in Höhe von **480 Mio. Euro p.a.** in den Einzelplan 60 eingestellt. Diese Vorsorge bedeutet kein Präjudiz für die anstehende Abstimmung des Gesetzentwurfs. Sie ist aber als **Obergrenze für eine etwaige Verstärkung des Einzelplans 11 zu sehen.**“⁹ Das **Finanzierungsmodell** kurz gefasst: Das (oder ein Teil des) den hilfebedürftigen Eltern vom SGB II-Leistungsanspruch abgezogene **Elterngeld** soll ihnen nach den Plänen der Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU), rechnerisch verteilt über 15 oder mehr Jahre, **in Form von „Bildungsgutscheinen“** zugute kommen.¹⁰ ■ >>>

⁴ Die zum Kürzungsbetrag von insgesamt 3,0 Milliarden Euro beim „Arbeitslosengeld II“ (Soll 2010 – Soll 2011) fehlenden 0,56 Milliarden Euro werden von der Bundesregierung aufgrund der verbesserten konjunkturellen Entwicklung erwartet.

⁵ siehe dazu die BIAJ-Kurzmitteilung („Agenda 2010-2014 ...“) vom 11. Juni 2010

⁶ Im Dezember 2009 lebten nach Auskunft der Statistik der Bundesagentur für Arbeit etwa 131.000 Kinder im Alter von unter einem Jahr in einer SGB II-Bedarfsgemeinschaft. Legt man diese Zahl zugrunde und multipliziert diese mit 3.600 Euro (12 mal 300 Euro) ergeben sich daraus (bisher) nicht angerechnete Einnahmen aus dem Elterngeld in Höhe von etwa **470 Millionen Euro pro Jahr**.

⁷ http://www.bundesregierung.de/Content/DE/___Anlagen/2010/2010-06-07-tabelle.property=publicationFile.pdf

⁸ vgl. die BIAJ-Kurzmitteilungen vom 19. Dezember 2009 und 13. Januar 2010

⁹ Hervorhebungen durch Verfasser; „Einzelplan 60“: „Allgemeine Finanzverwaltung“

¹⁰ Rechnerisch entspräche dies bei einer Verteilung der 3.600 Euro auf 15 Jahre einem Gutschein von 20 Euro pro Monat und damit auch exakt der diesen Eltern vorenthaltenen Kindergelderhöhung zum 1. Januar 2010.

SGB II-Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (Hartz IV) (siehe Tabelle Seite 4)**Vorbemerkung**

Die Auswertung der Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit zu den „Geldleistungen für SGB II-Bedarfsgemeinschaften“ (Hartz IV) bezieht sich auf die bewilligten Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts der in den SGB II-Bedarfsgemeinschaften lebenden Personen (erwerbsfähige und nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige): das Arbeitslosengeld II (netto), das Sozialgeld (netto), die Leistungen für Unterkunft und Heizung, die Beiträge zur Sozialversicherung und die sonstigen Leistungen.¹¹ Die Ermittlung der Anteile des Bundes und Kommunen erfolgte auf Basis der genannten Daten zu den bewilligten Leistungen. Dabei wurde den Kommunen der Anteil an den Leistungen für Unterkunft und Heizung nach Abzug des vom Bund gemäß § 46 Abs. 6 ff SGB II zu erstattenden Anteils und die bewilligten sonstigen Leistungen zugerechnet, dem Bund alle anderen genannten Leistungen. Aufgrund der unterschiedlichen zeitlichen und inhaltlichen Abgrenzung besteht zwischen diesen Leistungsdaten und den vom Bundesministerium für Finanzen (BMF) und den Kommunen berichteten Haushaltsdaten keine vollständige Übereinstimmung.¹² ■

Von **April 2009 bis März 2010**, den letzten 12 Monaten mit vorliegenden revidierten Daten, wurden in der **Bundesrepublik Deutschland** SGB II-Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (Bund und Kommunen) in Höhe von **36,7 Milliarden Euro** bewilligt (Spalte 1), davon 13,8 Milliarden Euro für Unterkunft und Heizung (Spalte 3), 14,8 Milliarden Euro für das Arbeitslosengeld II (Spalte 9), 0,8 Milliarden Euro für das Sozialgeld (Spalte 11), 7,0 Milliarden Euro für die Beiträge zur Sozialversicherung (Spalte 13) und 0,2 Milliarden Euro für sonstige Leistungen (Spalte 15). Der Finanzierungsanteil des Bundes an diesen insgesamt 36,7 Milliarden Euro betrug 71,2 Prozent (26,1 Milliarden Euro), der der Kommunen 28,8 Prozent (10,5 Milliarden Euro). (Spalten 17, 19, 20 und 22) Die monatlichen Bruttoausgaben pro Person in einer SGB II-Bedarfsgemeinschaft (Spalte 23) betragen in diesen 12 Monaten durchschnittlich 451,90 Euro. (Spalte 24)

Ein Jahr zuvor, für die 12 Monate von **April 2008 bis März 2009**, wurde das bisher niedrigste Niveau bewilligter SGB II-Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (Jahressumme) erreicht: **35,2 Milliarden Euro**. (Spalte 1) Der Finanzierungsanteil des Bundes betrug 72,4 Prozent (Spalte 19), der der Kommunen 27,6 Prozent (Spalte 22). Das heißt, im Verlauf der letzten 12 Monate, von März 2009 bis März 2010 ist der Finanzierungsanteil des Bundes deutlich gesunken, eine Entwicklung, die sich zumindest bis Ende 2010 fortsetzen wird – und in 2011 insbesondere durch die von der Bundesregierung geplante Abschaffung der Beiträge zur Rentenversicherung fortgesetzt werden soll. ■

Als **Seite 5** ist eine entsprechende Auswertung für das **Land Bremen** angefügt. **Tabellen für andere Länder** werden auf Wunsch (**eMail an institut-arbeit-jugend@t-online.de** mit Nennung des gewünschten Landes) zugemailt. ■

Fortsetzung **Seite 4 (Tabelle Bundesrepublik Deutschland)** von 5

¹¹ Als sonstige Leistungen werden insbesondere die nicht von der Regelleistung umfassten kommunalen Leistungen zusammengefasst. Hierunter fallen insbesondere: Erstausrüstung für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräten, Erstausrüstung für Bekleidung einschließlich bei Schwangerschaft und Geburt, mehrtägige Klassenfahrt im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen.

¹² Bei der Berechnung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft und Heizung wurde unterstellt, dass der Bund sich in Höhe des jeweiligen Anteils gemäß § 46 Abs. 6 ff SGB II an den von der Statistik der Bundesagentur für Arbeit ausgewiesenen Leistungen für Unterkunft und Heizung beteiligt. Dabei musste unberücksichtigt bleiben, dass sich der Bund an der Finanzierung eines Teils dieser Leistungen für Unterkunft und Heizung nicht beteiligt. Ein Vergleich der auf diese Weise ermittelten Anteile des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung (**Spalte 7 in Tabelle auf Seite 4**) mit den im Bundeshaushalt ausgewiesenen Ist-Ausgaben ergab für die Haushaltsjahre 2006 bis 2009 folgende rechnerische Abweichungen vom Ist in der Haushaltsrechnung des Bundes: 2006 errechnet 3,989 Mrd. Euro, Bundeshaushalt 4,017 Mrd. Euro (Differenz: 38 Mio. Euro weniger); 2007 errechnet 4,355 Mrd. Euro, Bundeshaushalt 4,332 Mrd. Euro (Differenz: 23 Mio. Euro mehr); 2008 errechnet 3,894 Mrd. Euro, Bundeshaushalt 3,889 Mrd. Euro (Differenz: 5 Mio. Euro mehr); 2009 errechnet 3,555 Mrd. Euro, Bundeshaushalt 3,515 Mrd. Euro (Differenz: 40 Mio. Euro mehr).

SGB II-Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts in der Bundesrepublik Deutschland

Arbeitslosengeld II (Alg II) und Sozialgeld, einschließlich Leistungen für Unterkunft und Heizung (LfU), Sozialversicherung und sonstige Leistungen*

**Tabelle
Bund**

12 Monate bis einschl.	Insgesamt gleitende Jahressumme		davon: LfU		davon: LfU - Kommunen				Alg II (netto)		Sozialgeld (netto)		SV-Beiträge		Sonstige Leistungen**			Anteil an Insgesamt Bund (Sp. 7 + 9 + 11 + 13)			Anteil an Insgesamt Kommunen (Sp. 5 + 15)			Personen in BG	Leistungen pro Monat pro Person in BG (gleit. JD brutto)		
	Mrd €	2006 = 100	Mrd €	2006 = 100	Mrd €	2006 = 100	Mrd €	2006 = 100	Mrd €	2006 = 100	Mrd €	2006 = 100	Mrd €	2006 = 100	Mrd €	2006 = 100	Mrd €	2006 = 100	insg. = 100	Mrd €	2006 = 100	insges. = 100	gleitend. Jahres- durchs.	Insges. € pro Monat	Anteil Bund € pro Monat	Anteil Komm. € pro Monat	
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -	- 10 -	- 11 -	- 12 -	- 13 -	- 14 -	- 15 -	- 16 -	- 17 -	- 18 -	- 19 -	- 20 -	- 21 -	- 22 -	- 23 -	- 24 -	- 25 -	- 26 -	
Dez 2006	40,353	100	13,709	100	9,720	100	3,989	100	16,210	100	0,673	100	9,565	100	0,195	100	30,438	100	75,4	9,915	100	24,6	7.347.140	457,70	345,20	112,50	
Mrz 2007	39,523	97,9	13,806	100,7	9,694	99,7	4,112	103,1	16,034	98,9	0,678	100,6	8,811	92,1	0,195	99,7	29,634	97,4	75,0	9,889	99,7	25,0	7.364.530	447,20	335,30	111,90	
Dez 2007	36,598	90,7	13,695	99,9	9,341	96,1	4,355	109,2	15,296	94,4	0,680	101,0	6,735	70,4	0,192	98,1	27,066	88,9	74,0	9,532	96,1	26,0	7.240.072	421,20	311,50	109,70	
Mrz 2008	36,247	89,8	13,600	99,2	9,363	96,3	4,236	106,2	15,084	93,1	0,676	100,4	6,697	70,0	0,190	97,3	26,693	87,7	73,6	9,554	96,4	26,4	7.167.992	421,40	310,30	111,10	
Dez 2008	35,301	87,5	13,339	97,3	9,445	97,2	3,894	97,6	14,493	89,4	0,660	98,1	6,616	69,2	0,192	98,3	25,663	84,3	72,7	9,637	97,2	27,3	6.906.953	425,90	309,60	116,30	
Jan 2009	35,230	87,3	13,314	97,1	9,462	97,4	3,851	96,5	14,437	89,1	0,657	97,5	6,631	69,3	0,192	98,2	25,576	84,0	72,6	9,654	97,4	27,4	6.871.423	427,30	310,20	117,10	
Feb 2009	35,187	87,2	13,298	97,0	9,487	97,6	3,811	95,5	14,393	88,8	0,653	96,9	6,651	69,5	0,193	98,6	25,508	83,8	72,5	9,679	97,6	27,5	6.838.053	428,80	310,90	118,00	
Mrz 2009	35,179	87,2	13,297	97,0	9,522	98,0	3,775	94,6	14,361	88,6	0,647	96,1	6,677	69,8	0,197	100,8	25,460	83,6	72,4	9,719	98,0	27,6	6.807.807	430,60	311,70	119,00	
Apr 2009	35,182	87,2	13,298	97,0	9,559	98,3	3,739	93,7	14,338	88,5	0,641	95,2	6,707	70,1	0,198	101,2	25,425	83,5	72,3	9,756	98,4	27,7	6.780.348	432,40	312,50	119,90	
Mai 2009	35,211	87,3	13,308	97,1	9,602	98,8	3,706	92,9	14,326	88,4	0,634	94,2	6,742	70,5	0,200	102,3	25,409	83,5	72,2	9,802	98,9	27,8	6.756.601	434,30	313,40	120,90	
Jun 2009	35,260	87,4	13,326	97,2	9,651	99,3	3,675	92,1	14,323	88,4	0,627	93,1	6,783	70,9	0,202	103,2	25,407	83,5	72,1	9,852	99,4	27,9	6.736.754	436,20	314,30	121,90	
Jul 2009	35,371	87,7	13,367	97,5	9,716	100,0	3,651	91,5	14,356	88,6	0,637	94,6	6,807	71,2	0,204	104,6	25,451	83,6	72,0	9,921	100,1	28,0	6.722.547	438,50	315,50	123,00	
Aug 2009	35,605	88,2	13,415	97,9	9,787	100,7	3,628	90,9	14,417	88,9	0,728	108,2	6,835	71,5	0,209	107,2	25,608	84,1	71,9	9,997	100,8	28,1	6.712.295	442,00	317,90	124,10	
Sep 2009	35,759	88,6	13,469	98,3	9,862	101,5	3,607	90,4	14,469	89,3	0,741	110,1	6,867	71,8	0,213	109,2	25,683	84,4	71,8	10,076	101,6	28,2	6.706.073	444,40	319,20	125,20	
Okt 2009	35,927	89,0	13,529	98,7	9,941	102,3	3,587	89,9	14,527	89,6	0,753	111,9	6,902	72,2	0,216	110,7	25,770	84,7	71,7	10,157	102,4	28,3	6.706.107	446,40	320,20	126,20	
Nov 2009	36,120	89,5	13,599	99,2	10,027	103,2	3,571	89,5	14,594	90,0	0,765	113,7	6,941	72,6	0,221	113,0	25,872	85,0	71,6	10,248	103,4	28,4	6.714.654	448,30	321,10	127,20	
Dez 2009	36,312	90,0	13,668	99,7	10,113	104,1	3,555	89,1	14,661	90,4	0,777	115,4	6,980	73,0	0,224	114,9	25,974	85,3	71,5	10,338	104,3	28,5	6.725.152	450,00	321,90	128,10	
Jan 2010	36,435	90,3	13,722	100,1	10,180	104,7	3,542	88,8	14,716	90,8	0,778	115,5	6,992	73,1	0,227	116,1	26,027	85,5	71,4	10,407	105,0	28,6	6.736.710	450,70	322,00	128,70	
Feb 2010	36,550	90,6	13,771	100,5	10,245	105,4	3,527	88,4	14,770	91,1	0,776	115,3	7,002	73,2	0,230	117,6	26,076	85,7	71,3	10,474	105,6	28,7	6.748.970	451,30	322,00	129,30	
Mrz 2010	36,665	90,9	13,820	100,8	10,309	106,1	3,511	88,0	14,824	91,4	0,776	115,2	7,010	73,3	0,234	119,8	26,122	85,8	71,2	10,543	106,3	28,8	6.761.349	451,90	322,00	129,90	
Apr 2010																											

* Leistungsansprüche; Anmerkungen: siehe Textteil

** Als sonstige Leistungen werden insbesondere die nicht von der Regelleistung umfassten kommunalen Leistungen zusammengefasst. Hierunter fallen insbesondere:

- Erstausrüstung für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräten
- Erstausrüstung für Bekleidung einschließlich bei Schwangerschaft und Geburt
- mehrtägige Klassenfahrt im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen (BIAJ)

Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ)

SGB II-Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts im Land Bremen

Tabelle

Arbeitslosengeld II (Alg II) und Sozialgeld, einschließlich Leistungen für Unterkunft und Heizung (LfU), Sozialversicherung und sonstige Leistungen*

HB

12 Monate bis einschl.	Insgesamt gleitende Jahressumme		davon: LfU		davon: LfU - Kommunen				LfU - Bund		Alg II (netto)		Sozialgeld (netto)		SV-Beiträge		Sonstige Leistungen**		Anteil an Insgesamt Bund (Sp. 7 + 9 + 11 + 13)			Anteil an Insgesamt Kommunen (Sp. 5 + 15)			Personen in BG	Leistungen pro Monat pro Person in BG (gleit. JD brutto)			
	Mio €	2006 = 100	Mio €	2006 = 100	Mio €	2006 = 100	Mio €	2006 = 100	Mio €	2006 = 100	Mio €	2006 = 100	Mio €	2006 = 100	Mio €	2006 = 100	Mio €	2006 = 100	Mio €	2006 = 100	insg. = 100	Mio €	2006 = 100	insges. = 100	gleitend. Jahres-durchs.	Insges. € pro Monat	Anteil Bund € pro Monat	Anteil Komm. € pro Monat	
	- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -	- 10 -	- 11 -	- 12 -	- 13 -	- 14 -	- 15 -	- 16 -	- 17 -	- 18 -	- 19 -	- 20 -	- 21 -	- 22 -	- 23 -	- 24 -	- 25 -	- 26 -			
Dez 2006	585,7	100	207,1	100	146,8	100	60,3	100	229,5	100	11,6	100	134,1	100	3,4	100	435,5	100	74,4	150,2	100	25,6	101.800	479,40	356,50	123,00			
Mrz 2007	571,4	97,6	207,1	100,0	145,7	99,2	61,3	101,8	226,2	98,5	11,5	99,2	123,3	91,9	3,4	101,2	422,3	97,0	73,9	149,1	99,3	26,1	101.649	468,40	346,20	122,30			
Dez 2007	527,0	90,0	202,5	97,8	139,3	94,9	63,2	104,8	215,9	94,1	11,0	95,3	94,3	70,3	3,3	98,8	384,4	88,3	72,9	142,6	94,9	27,1	99.542	441,20	321,80	119,40			
Mrz 2008	523,3	89,4	201,3	97,2	139,8	95,2	61,5	102,0	213,8	93,2	10,9	94,1	93,9	70,0	3,4	101,1	380,1	87,3	72,6	143,2	95,3	27,4	98.849	441,20	320,40	120,70			
Dez 2008	514,1	87,8	199,2	96,2	142,2	96,8	57,0	94,5	207,4	90,4	10,7	92,4	93,3	69,6	3,5	102,9	368,4	84,6	71,7	145,7	97,0	28,3	96.036	446,10	319,70	126,40			
Jan 2009	513,6	87,7	199,1	96,1	142,7	97,2	56,4	93,6	206,8	90,1	10,7	92,0	93,6	69,8	3,5	103,8	367,5	84,4	71,5	146,2	97,3	28,5	95.577	447,80	320,40	127,40			
Feb 2009	513,6	87,7	199,1	96,1	143,2	97,5	55,9	92,7	206,4	89,9	10,6	91,5	93,9	70,1	3,5	105,5	366,8	84,2	71,4	146,7	97,7	28,6	95.154	449,80	321,20	128,50			
Mrz 2009	514,1	87,8	199,3	96,2	143,9	98,0	55,4	91,9	206,2	89,8	10,5	91,0	94,3	70,4	3,6	108,5	366,5	84,2	71,3	147,6	98,2	28,7	94.786	451,90	322,20	129,70			
Apr 2009	514,5	87,8	199,5	96,3	144,6	98,5	54,9	91,1	206,2	89,8	10,4	90,2	94,8	70,7	3,6	108,5	366,3	84,1	71,2	148,2	98,7	28,8	94.419	454,10	323,30	130,80			
Mai 2009	515,2	88,0	199,8	96,5	145,3	99,0	54,4	90,3	206,2	89,8	10,3	89,3	95,2	71,0	3,6	108,2	366,2	84,1	71,1	149,0	99,2	28,9	94.097	456,20	324,30	131,90			
Jun 2009	516,3	88,1	200,2	96,7	146,2	99,6	54,0	89,6	206,3	89,9	10,2	88,1	95,8	71,5	3,7	110,1	366,4	84,1	71,0	149,9	99,8	29,0	93.829	458,50	325,40	133,10			
Jul 2009	518,1	88,5	200,9	97,0	147,3	100,3	53,7	89,0	207,0	90,2	10,3	89,4	96,1	71,7	3,7	110,7	367,1	84,3	70,9	151,0	100,5	29,1	93.619	461,20	326,80	134,40			
Aug 2009	522,1	89,1	201,7	97,4	148,4	101,1	53,3	88,5	208,2	90,7	11,8	102,3	96,5	72,0	3,8	113,5	369,8	84,9	70,8	152,2	101,3	29,2	93.527	465,20	329,50	135,60			
Sep 2009	524,7	89,6	202,8	97,9	149,7	102,0	53,1	88,1	209,1	91,1	12,0	103,7	96,9	72,3	3,9	115,0	371,1	85,2	70,7	153,6	102,2	29,3	93.471	467,80	330,90	136,90			
Okt 2009	527,6	90,1	203,9	98,5	151,1	102,9	52,8	87,7	210,2	91,6	12,2	105,0	97,4	72,7	3,9	115,4	372,7	85,6	70,6	155,0	103,2	29,4	93.543	470,00	332,00	138,10			
Nov 2009	531,0	90,7	205,2	99,1	152,6	103,9	52,7	87,4	211,4	92,1	12,3	106,4	98,1	73,1	3,9	117,1	374,4	86,0	70,5	156,5	104,2	29,5	93.771	471,90	332,80	139,10			
Dez 2009	534,3	91,2	206,5	99,7	154,0	104,9	52,4	87,0	212,6	92,6	12,5	107,8	98,7	73,6	4,0	119,0	376,2	86,4	70,4	158,0	105,2	29,6	93.998	473,60	333,50	140,10			
Jan 2010	536,4	91,6	207,4	100,2	155,2	105,7	52,3	86,7	213,6	93,1	12,5	108,1	98,9	73,7	4,0	119,2	377,2	86,6	70,3	159,2	106,0	29,7	94.230	474,40	333,60	140,80			
Feb 2010	538,3	91,9	208,2	100,5	156,2	106,4	52,1	86,4	214,5	93,5	12,5	107,9	99,0	73,8	4,0	119,7	378,1	86,8	70,2	160,2	106,7	29,8	94.459	474,90	333,60	141,30			
Mrz 2010	540,2	92,2	209,0	100,9	157,2	107,1	51,8	86,0	215,5	93,9	12,5	107,8	99,2	74,0	4,0	119,6	378,9	87,0	70,2	161,2	107,3	29,8	94.707	475,30	333,40	141,90			
Apr 2010																													

Tabellen für andere Länder werden auf Wunsch (eMail an institut-arbeit-jugend@t-online.de mit Nennung des gewünschten Landes) zugemailt.

* Leistungsansprüche (gleitende Jahressummen); Anmerkungen: siehe Textteil

** Als sonstige Leistungen werden insbesondere die nicht von der Regelleistung umfassten kommunalen Leistungen zusammengefasst. Hierunter fallen insbesondere:

- Erstausrüstung für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräten
- Erstausrüstung für Bekleidung einschließlich bei Schwangerschaft und Geburt
- mehrtägige Klassenfahrt im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen